

WARUM WIR NICHT NACH BROKDORF FAHREN!

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein und alle Kräfte, die am Bau von KKW's interessiert sind, versuchen, der Bewegung gegen KKW's eine entscheidende Niederlage beizubringen. Ein äußerst brutaler Polizei- und Grenzschutzeinsatz wird geplant und lange vorher angekündigt, um die "bürgerlichen" Atomenergiegegner abzuschrecken. Stoltenberg erklärt den "harten Kern" der Brokdorf-Demonstranten zu "reinen Terroristen"; "ja, sogar aus Verbrechern" soll die Demo bestehen. Jede noch so gewaltsame Verteidigung des Bauplatzes wird gerechtfertigt mit einer schier endlosen Kampagne in allen Massenmedien. Je zielsicherer das Eigentum der Konzerne verteidigt wird, desto wahrscheinlicher wird es, daß Menschenleben dabei keine Rolle spielen. Unsere Aufgabe ist es, eine solche Strategie zu unterlaufen, statt ihr ins offene Messer zu rennen. Wir müssen alles tun, um dem Staat die Legitimation für solche Manöver und chemische Kriegsführung zu entziehen und um Menschenleben zu schützen. Das heißt nicht, den Kampf aufgeben, sondern die Bedingungen eines erfolgreichen Kampfes erkennen.

Die Stärke der Bewegung gegen Atomanlagen war ihr überparteilicher und solidarischer Charakter. Die Regierung weiß, daß sie ihre Ziele nur durchsetzen kann, wenn es ihr gelingt, diese Bewegung zu spalten, und eine weitere Ausdehnung ihres Einflusses und eine Radikalisierung zu verhindern.

Die Regierung kann natürlich nicht beliebig spalten, sie kann, wenn sie geschickt ist, nur die Risse und Widersprüche in der Bewegung gegen KKW's für sich ausnutzen. Sie versucht, diese Bewegung zu militarisieren. Technische Aufrüstung und gewaltsame Strategien sollen bei den Gegnern der KKW's provoziert werden, denn diese Ebene der Auseinandersetzung verschafft der Staatsgewalt entscheidende Vorteile. Es sollen eindimensionale und also von der Regierung gut kalkulierbare Methoden des Kampfes (Gerichtsentscheid oder Gewalt) sich durchsetzen, was die phantasievollen, gewaltfreien Regelverletzungen und direkten Aktionen unmöglich macht, die in der Vergangenheit ein wesentlicher Grund waren für die Erfolge und das Anwachsen der Anti-KKW-Bewegung.

Die Messer sind in Brokdorf aufgeklappt. Sollen wir hineinlaufen ("Jetzt erst recht")? In der illusionären Annahme, das Kalkül der Regierenden werde sich gegen sie wenden? Hundert Tote in Brokdorf könnten das Ende des Atomprogramms bedeuten? Wir dürfen uns weder Ort noch Mittel des Kampfes vom Gegner aufzwingen lassen; unsere Stärke ist unsere große Zahl und die Möglichkeit, noch viel mehr Menschen zu überzeugen, daß das Energieprogramm der Regierung eine Katastrophe ist. Eine Entscheidungsschlacht verlieren wir!

Mit Sicherheit wiederholt sich der 13.11. nicht. Alle Bedingungen, die den relativen Erfolg der letzten Brokdorf-Demonstration begründeten, sind verloren gegangen.

Die Spaltung ist eine Tatsache. Es hat wenig Sinn, sie zu leugnen. Es hat auch wenig Sinn, Schuldige zu suchen und durch wechselseitige Diffamierungen die Spaltung zu vertiefen. Fragen wir lieber nach den Ursachen dieser Spaltung und den Chancen, sie zu überwinden. Die wesentlichen Fragen sind: Unter welchen Bedingungen läßt sich die Bewegung gegen KKW's verbreitern, und durch welche Formen des Kampfes wird sie effektiver, wie läßt sich also letzten Endes das Energieprogramm der Bundesregierung zu Fall bringen?

Innerhalb derer, die heute schon gegen Kernanlagen kämpfen, ist vor allem die Gewaltfrage ein Punkt, an dem sich die Geister scheiden.

Der Aufruf nach Itzehoe der entsprechenden BUU-Fraktion drückt die Entschlossenheit aus, Gewalt gegen Personen zu vermeiden. Es ist eine Lüge, so zu tun, als ob alle oder auch nur der Großteil derer, die nicht nach Brokdorf gehen, (ob sie nach Itzehoe gehen ist noch eine ganz andere Frage) Legalisten wären oder manipulierte Vasallen der bürgerlichen Parteien. Wenn man z.B. liest, daß der BBU-Vorsitzende Wüstenhagen sehr wohl Regelverletzungen und direkte Aktionen propagiert und eine breite Kampagne des zivilen Ungehorsams initiieren will mit Boykotts, Steuerverweigerung, Stromzählerboykott, usw., und wenn man heute in allen Tageszeitungen liest "Wüstenhagen bekannte sich eindeutig zu gewaltlosen Protesten und Aktionen gegen Kernkraftwerke. Die Gewaltfreiheit schließe jedoch grundsätzlich Delikte wie Hausfriedensbruch durch Bauplatzbesetzungen und Sachbeschädigung, wie etwa das Zerstören von Stacheldraht nicht aus...", dann darf man einfach nicht scheinbare Gegensätze unterstellen, um die wirklichen Trennungen zu vertuschen. Eine der wichtigsten Trennungslinien wird durch die Frage bezeichnet, ob man Verletzungen und Tötung von Personen in Kauf nimmt oder gar vorbereitet, oder ob man alles tun will, das zu verhindern.

Wie wird jetzt versucht, die offenkundige Spaltung zu überwinden? Die Initiatoren der Brokdorf-Demo argumentieren so: "Alle ehrlichen AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Orientierung - und unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den FORMEN des Protestes - sind aufgerufen..." Dabei werden natürlich alle, die nicht nach Brokdorf ziehen, als "unehrliche" AKW-Gegner diffamiert, was eine Strategie-Auseinandersetzung auf die Ebene persönlicher Charaktermerkmale herunterbringt und natürlich nur ein Beitrag zur Spaltung ist. Darüberhinaus wird gesagt, daß man es quasi jedem Privatmann überlassen will, wie er in Brokdorf vorgeht. Eine Einschätzung der Wirkung der Brokdorf-Aktion erwartet man sich durch Verleumdung der Gegner dieser Aktion. "Unabhängig von Parteizugehörigkeit und den Formen des ~~XX~~Protestes" können wohl die nach Brokdorf fahren, die eh nichts auf konsequente Gewaltlosigkeit halten (weil sie sich gar nicht damit auseinandersetzen) und sich lieber auf individuelle Kämpfernarrenfreiheit verlassen. Wenn Leute verletzt werden oder gar sterben, so ist das dann deren persönliches Schicksal und kein Problem der Anti-KKW-Bewegung. Und schließlich war es ja der Staat, von dem die Gewalt ausging. So einfach wollen wir es uns nicht machen! Aktionen, die Menschenleben gering-schätzen, oder wenigstens mit gutem Grund so dargestellt werden können, daß sie das tun, (wir wollen niemandem böse Absichten unterstellen), solche Aktionen können wir niemals unterstützen. Hier führen verschiedene Mittel nicht mehr zu gleichen Zielen. Bei Aktionen wie der am 19.2. werden also unter dem Siegel der Einigkeit alle Gewaltgegner ausgeschlossen. Deshalb ist der Schluß ganz klar: Nur die Selbstverpflichtung aller Organisationen zur Gewaltlosigkeit und wirkliche Vorbereitung zur Durchsetzung einer militanten, gewaltlosen Praxis können eine Einheit im Kampf gegen KKW's schaffen. Wir müssen Mittel finden, die viele Menschen anziehen, nicht sie abstoßen. Autoritäre und manipulative Versuche, den eigenen Standpunkt durchzusetzen, und Avant-garde-Ansprüche schaden uns in jedem Fall.

In unseren Mitteln drücken sich unsere Ziele aus. Deshalb sind die Formen eines Kampfes keineswegs beliebig, sondern gerade die entscheidende Bedingung für die Wirkung einer Aktion. Ob die Regierung als Gewalttäter entlarvt werden kann, ob die Bewegung sich verbreitert oder gespalten und geschlagen wird, das hängt u.a. ganz entscheidend von der Frage ab, für welche Formen des Kampfes wir uns entscheiden.